Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenics GmbH

Art des öffentlichen Auftraggebers: Von einer Bundesbehörde kontrolliertes oder finanziertes öffentliches Unternehmen

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Rahmenvereinbarung über Beratungs- und Unterstützungsleistungen zum Aufbau des Services "Digitale Serviceberatung"

Beschreibung: Gegenstand der Vergabe ist der Abschluss eines Rahmenvertrags über Beratungs- und Unterstützungsleistungen zum Aufbau des Services "Digitale Serviceberatung" für den Zeitraum Juli 2025 bis Juni 2029. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist die Unterstützung und Beratung der aktuellen und künftigen Gesellschafter als Hauptkunden bei der Digitalisierung der Services, die diese gegenüber den Mitgliedsunternehmen und Versicherten erbringen. Die Digitalisierung um-fasst dabei naturgemäß nicht nur den Einsatz von Technik und IT-Infrastruktur, sondern stellt eine gesamtheitliche Aufgabe innerhalb jeder Organisationseinheit dar. Die Digitali-sierung von Service führt zu massiven Änderungen aller Geschäftsprozesse und verändert die gesamte Arbeitswelt in der jeweiligen Organisation. Die BGP will und wird ihre Kun-den bei diesem Prozess unterstützen und einen Unternehmensbereich aufbauen, der die Kunden auf dem Weg zur Digitalisierung begleitet und unterstützt.

Kennung des Verfahrens: 19324fe9-10c0-40df-aa36-28b67c768074

Interne Kennung: AS250020

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 **Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Berlin, Hannover, Wuppertal, München

Postleitzahl: .

NUTS-3-Code: *Region Hannover* (DE929)

Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 25,000,000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Wettbewerbsteilnehmern steht der vergaberechtliche Rechtsschutz gemäß den §§ 160 ff. GWB zur Verfügung. Ein Nachprüfungsverfahren ist nur auf Antrag zulässig. Antragsbefugt ist gemäß § 160Abs. 2 GWB jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 2 GWB unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Satz 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Rahmenvereinbarung über Beratungs- und Unterstützungsleistungen zum Aufbau des Services "Digitale Serviceberatung"

Beratungs- und Unterstützungsleistungen zum Aufbau des Services "Digitale Serviceberatung" für den Zeitraum Juli 2025 bis Juni 2029. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist die Unterstützung und Beratung der aktuellen und künftigen Gesellschafter als Hauptkunden bei der Digitalisierung der Services, die diese gegenüber den Mitgliedsunternehmen und Versicherten erbringen. Die Digitalisierung um-fasst dabei naturgemäß nicht nur den Einsatz von Technik und IT-Infrastruktur, sondern stellt eine gesamtheitliche Aufgabe innerhalb jeder Organisationseinheit dar. Die Digitali-sierung von Service führt zu massiven Änderungen aller Geschäftsprozesse und verändert die gesamte Arbeitswelt in der jeweiligen Organisation. Die BGP will und wird ihre Kun-den bei diesem Prozess unterstützen und einen Unternehmensbereich aufbauen, der die Kunden auf dem Weg zur Digitalisierung begleitet und unterstützt.

Interne Kennung: dc2a82b5-7c77-4350-8640-b8134ac9514d

5.1.1 **Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag um ein weiteres Jahr schriftlich zu verlängern.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 4 Jahr

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung: a)Angaben zum Firmenprofil, zur Unternehmensgröße und zum Personalbestand insgesamt. Geschäftsstellenstruktur und

Ansprechpartner vor Ort. Ausgefülltes Formblatt Unternehmensdaten beigefügt? b) Aktueller Handelsregisterauszug. Handelsregisterauszug beigefügt? c) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir gem. den Teilnahmebedingungen der Vergabebekanntmachung eine gültige Betriebshaftpflichtversicherung im Sinne der geforderten Versicherungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit einer Haftsumme je Schadensfall von mindestens 1 000 000,- EUR besteht. d) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir gem. den Teilnahmebedingungen der Vergabebekanntmachung bereit bin/sind eine Betriebshaftpflichtversicherung im Sinne der geforderten Versicherungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit einer Haftsumme je Schadensfall von mindestens 1 000 000,- EUR abzuschließen. e) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Ich/Wir erkläre(n), dass a) eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer der nachfolgenden Straftaten: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Art. 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). b) über unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde; c) sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet, d) ich/wir keine schwere Verfehlung begangen habe(n), die meine/unsere Integrität des Unternehmens als Bieter in Frage stellt; e) ich meine /wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe(n), f) ich/wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, abgegeben habe(n) und auch nicht abgeben werde(n). g) ich/wir nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt habe(n) und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat. h) ich/wir in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten habe(n) und in der Lage bin/sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, i) Erklärungen zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) 1. ich/wir erkläre/n, dass das Unternehmen nicht aufgrund eines Verstoßes gem. § 22 LkSG verurteilt worden ist, (Inkrafttreten ab 01.01.2023), 2. ich/wir erkläre/n, dass ich/wir den Auftraggeber im Zuschlagsfall während der Laufzeit des Vertrages darüber unverzüglich informieren, wenn das Unternehmen aufgrund eines Verstoßes gegen § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) verurteilt wird. Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieters vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung: a)Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen des Unternehmens für die letzten 3 Geschäftsjahre pro Jahr nach Maßgabe des § 45 Abs. 4 Punkt 3. VgV. Anlagen beigefügt? b)Gesamtumsätze der letzten 3 Geschäftsjahre jew. pro Geschäftsjahr c)Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre im Bereich der Leistungsbeschr.

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung: a)Mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte, aus den letzten drei Jahren, die innerhalb des vorgegebenen Referenzzeitraums umgesetzt und implementiert wurden. Vergleichbar sind Referenzen über Beratungsleistungen zur Konzeption und Begleitung in der Umsetzung eines Digitalisierungsvorhabens in Bezug auf mindestens eines Ende-zu-Ende-Prozesses eines Services für Versicherte und Kunden inkl. von KI-gestützten Services in der deutschsprachigen Sozialversicherung, der umgesetzt und implementiert wurde. Referenzen beigefügt? b) Es ist die Mindestanzahl an Profilen (jeweils 1 Profil zu Rolle Projektleiter, stellv. Projektleiter, Strategie- und Digitalisierungsberater, Business Analyst, Data Scientist, Datenschutz-Experte) einzureichen. Profile beigefügt?

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: https://bieterzugang.deutscheevergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/subproject/b9f722cc-2f43-43df-98d0-551ef3915c45/awardcriteria

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 70

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 09/05/2025 12:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://bieterzugang.deutscheevergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/b9f722cc-2f43-43df-98d0-551ef3915c45

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: https://bieterzugang.deutscheevergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/b9f722cc-2f43-43df-98d0-551ef3915c45

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht

werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 19/05/2025 10:00 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 42 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der teilnehmenden Unternehmen: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren

bereitstellt: BG-Phoenics GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren

bereitstellt: Vergabekammer des Bundes

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenics GmbH

Identifikationsnummer: 6264ac91-f213-415f-81bf-b5e859a4ac90

Postanschrift: Tiergartenstraße 39

Ort: Hannover

Postleitzahl: 30559

NUTS-3-Code: *Region Hannover* (DE929)

Land: Deutschland

E-Mail: ausschreibung@bg-phoenics.de

Telefon: +49 511898790

Fax: +49 51189879295

Internet-Adresse: https://www.bg-phoenics.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Identifikationsnummer: 9adc705b-31e7-4467-8461-9ae49aa6d660

Postanschrift: Villemomblerstr. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

NUTS-3-Code: *Bonn, Kreisfreie Stadt* (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenics GmbH

Identifikationsnummer: 5faf2f67-f505-4dae-b642-3202e08ecfa1

Abteilung: Einkauf

Postanschrift: Tiergartenstraße 39

Ort: Hannover

Postleitzahl: 30559

NUTS-3-Code: *Region Hannover* (DE929)

Land: Deutschland

Kontaktstelle: Einkauf

E-Mail: ausschreibung@bg-phoenics.de

Telefon: +49 511898790

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6505cca5-4b8c-4429-98aa-2556dd1e0164 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/04/2025 19:14 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

11.2 Informationen zur Veröffentlichung